

Bei all diesen Mammutkonzernen handelt es sich zudem um die gleichen, die schon einmal die Urheber und Nutznießer von Faschismus, Kriegsvorbereitung und Krieg waren. Weil diese deutschen Rüstungskonzerne entgegen dem Potsdamer Abkommen und den demokratischen Volksentschei-

Vier Gründe für besondere

So ist der durch Staatsaufträge garantierte Rüstungsprofit dieser alten Kriegsverbrecherkonzerne der eine Grund für die besonders aggressive Bonner Politik der Revanche und der Verschärfung der Spannungen. Je schneller Waffen verbraucht und Waffensysteme erneuert werden, desto größer ist der Profit.

Der zweite Grund für die besondere Aggressivität des westdeutschen Imperialismus besteht darin, daß die Rüstungskonzerne sich zurückholen möchten, was sie im zweiten Weltkrieg verloren. Im Ergebnis des Sieges über den Faschismus gerieten z. B. 80 Prozent des zusammengegrubten Flick-Imperiums an die rechtmäßigen Eigentümer: die Arbeiter der DDR, Volkspolens, der CSSR und anderer sozialistischer Länder. Wenn Kiesinger und Strauß und auch Brandt die „Veränderung des Status quo“ zu ihrem obersten Ziel erklären, so sprechen durch ihren Mund die revanchelüsternen Kriegsverbrecherkonzerne. Aber sie wollen nicht nur zurück erobern. Sie wollen den Sozialismus auslöschen, vor allem den, der auf deutschem Boden entstanden ist.

Das ist der dritte Grund für ihre besondere Aggressivität: „Die allen Imperialisten gemeinsame Todfeindschaft gegen die sozialistischen Staaten ist keine Erfindung kommunistischer Agitatoren“, sagte Walter Ulbricht auf dem 9. Plenum des Zentralkomitees. „Das erfolgreiche Funktionieren der

den, die 1946/47 auch in den Westzonen stattfanden, heute in der Bundesrepublik wieder die Macht in ihren Händen konzentrieren, bedrohen sie mit ihrer Politik den Frieden in Europa. Für diese Kriegsverbrecherkonzerne sind die staatlichen Rüstungsaufträge das einträglichste Geschäft.

Aggressivität

sozialistischen Gesellschaft, das Aufblühen von Staaten, die von den Werktätigen selbst geleitet werden, stellt für die imperialistischen Fraktionen der Bourgeoisie die Frage „Sein oder Nichtsein* auf die Tagesordnung.“ Ihr Ziel ist die Konterrevolution.

Schließlich erhöht sich die besondere Aggressivität der westdeutschen Bundesrepublik noch zusätzlich durch ihre enge Bindung an die USA, den aggressivsten Imperialismus der Welt. Die USA haben Westdeutschland die Rolle des Stoßtrupps im Kampf gegen das gesamte sozialistische Lager zugeordnet.

Ausgerechnet die Mörder des vietnamesischen Volkes, die in aller Welt verachtet* werden, bezeichnete Kiesinger auf dem CDU-Parteitag in Westberlin als „die geborene Führungsmacht“. Dieser aggressive amerikanische Imperialismus verfügt in der westdeutschen Industrie über Schlüsselpositionen, vor allem auch in der Rüstungsindustrie. 20 bis 25 Milliarden Mkrk beträgt der Wert der USA-Investitionen in Westdeutschland. Die Bonner Regierung duldet und fördert bei allem Streben nach größtem ökonomischen und politischen Eigengewicht diese amerikanische Kapitalüberfremdung, um die USA und die NATO für die eigenen Revancheziele einspannen zu können. So hat die besondere Aggressivität des westdeutschen Imperialismus handfeste ökonomische Wurzeln, Klassenwur-

zeln. Hinter allen politischen Äußerungen, Plänen und Schritten der Bonner Regierung, hinter der Alleinvertretungsanmaßung und der gesteigerten Feindseligkeit gegen die DDR ebenso wie hinter der ideologischen Wühlarbeit in den sozialistischen Ländern stehen eiskalt berechnete Profitinteressen, steht das Machtstreben des Rüstungskapitals.

Der Eintritt der sozialdemokratischen Minister in die CDU-Regierung hat die Gefahren nicht abgeschwächt. Im Gegenteil. Er hat der CDU, die in die Krise geraten war, die Weiterführung ihrer Politik, ihre Verschärfung erst ermöglicht. Schiller als Wirtschaftsminister hat durch seine Maßnahmen zur „Konjunkturbelebung“ die Machtkonzentration der Konzerne beispiellos gefestigt und erweitert. Brandt als Außenminister tarnt die aggressive Politik der Monopole noch raffinierter als seine Vorgänger mit Friedensheuchelei.

Die ganze Entwicklung der Bundesrepublik lehrt: Politiker und Parteiprogramme sind in diesem Bonner Staat auswechselbar, aber Revanchepolitik und Kriegsvorbereitung bleiben, solange das System der Monopolherrschaft existiert, solange diejenigen das Heft in der Hand haben, die von Rüstung, Spannung und Expansion profitieren. Ein Staat, der in diesem Ausmaß rüstet, der die Grenzen nicht anerkennt, nach Atomwaffen strebt, im Innern gegen alle Anhänger einer Politik des Friedens vorgeht und sich mit der aggressivsten Macht der Welt verbündet — von einem solchen Staat geht alle Gefahr für den Frieden Europas aus. Europa wird erst sicheren Frieden haben, wenn die Herrschaft des Rüstungskapitals in Westdeutschland gebrochen ist.

Arne Rehahn